

Rot-Grün begann als Epoche – und endet als Episode. 1998 startete diese Formation – das meint inzwischen der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter – als das „sinn- und begründungsloseste Regierungsbündnis seit Bestehen der Bundesrepublik“. Dem Willen zum Erwerb und zur Verteidigung der Macht entsprach keine klare Vorstellung von dem politischen Ziel, für das die Macht eingesetzt werden sollte. Umso grandioser war der rhetorische Überbau. Die rot-grünen Akteure badeten im Gefühl des Aufbruchs in eine neue Zeit. Es herrschte eine Atmosphäre wie nach der Kanonade von Valmy – eine Stimmung, die Goethe einst mit den geflügelten Worten auf den Punkt gebracht hatte: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“

In seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 erklärte Bundeskanzler Schröder den Regierungswechsel zur historischen Wende, zum „Generationswechsel im Leben unserer Nation“, zur Morgenröte einer „Republik der Neuen Mitte“. Diese Rhetorik geschichtsphilosophischer Überhöhung der eigenen Mission setzte sich fort. So schaltete das Bundespresseamt Ende Juni/Anfang Juli 1999 in verschiedenen Zeitungen eine Anzeige mit der imposanten Botschaft: „Nach 50 Jahren Bundesrepublik steht Deutschland am Wendepunkt“ – als sei die deutsche Geschichte seit 1949 (einschließlich der sozialliberalen Ära 1969 bis 1982) eine einzige Fehlentwicklung gewe-

sen. Noch im August 2001 verkündete Rudolf Scharping in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD-Programmkommission, das 21. Jahrhundert werde „ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert“ sein.

Der rhetorische Überbau, das eigentliche Signum von Rot-Grün, glänzte im Licht einer doppelten Modernitätsanmutung. Zum einen präsentierte sich Bundeskanzler Schröder als eine Art Ron Sommer der Bundespolitik, als smarterer Vorstandsvorsitzender des „Unternehmens Deutschland“. Zum anderen inszenierte Rot-Grün das Kulturkampfstück „Grönemeyer statt Musikantenstadl“, in dem der Regierung die Rolle einer aufklärerischen Avantgarde zugewiesen war und die Opposition die miefige Fortschrittsfeindlichkeit personifizierte.

Das „Unternehmen Deutschland“ und sein CEO

„In Zukunft“, so meinte 1998 Bodo Hombach, „muss der Staat eher wie eine Konzernzentrale gedacht werden, die weniger lenkend eingreift, als vielmehr durch organisatorische Anpassungen ein Höchstmaß an individueller und sozialer Produktivität ermöglicht.“ Das war eine präzise Beschreibung des Staatsverständnisses der „Neuen Mitte“: modern, pragmatisch, cool. Mittlerweile war eine Generation von jüngeren Spitzenmanagern ans Ruder gekommen, die *New Economy* boomte. Führung durch Moderation war angesagt – zielstrebig und doch flexibel. Der patriarchalische Embonpoint war

von gestern, dem fitnesscentergestählten Waschbrettbauch gehörte die Zukunft. Den glamourösen Stil der neuen Wirtschaftsbosse wollten die neuen Politikchefs kopieren. Dazu gehörte auch das *Benchmarking*, also der schonungslose Vergleich eigener Stärken und Schwächen mit denen der (ausländischen) Konkurrenz. Diese Methode sollte den ideologisch zurückgebliebenen Teilen der SPD eine gesichtswahrende Möglichkeit eröffnen, an die globale Neo-Sozialdemokratie und deren Superstars, Bill Clinton und Tony Blair, Anschluss zu finden.

Andererseits: Knüpfte Schröder mit der Einberufung zahlreicher Konsensrunden etwa nicht an die „konzertierten Aktionen“ vergangener Zeiten an? Stand hier nicht der unbewegliche Ständestaat im rot-grünen Gewand wieder auf? Nein, erwiderten Schröders *Spin doctors*, dem CEO des „Unternehmens Deutschland“ gehees allein darum, die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure mit sanfter Hand zum „innovativen Konsens“ zu führen; so formulierte es Hombachs Nachfolger als Chef des Bundeskanzleramtes, Frank-Walter Steinmeier. Wer es wagte, Zweifel am Sinn der Proliferation von „Bündnis für XYZ“-Gesprächen zu äußern, landete schnell in der reaktionären Ecke. Große Teile der politischen Journalistik, höhnte Steinmeier, hingen noch am obrigkeitsstaatlichen Muster „des im Arkanum des Regierungsapparates erdachten Rechtsbefehls“.

Zu den Kennzeichen von Schröders Kanzlerschaft, vor allem in der Legislaturperiode 1998 bis 2002, gehörte auch die Vermehrung der „Chefsachen“. Hier flossen Management- und Medienorientierung seines Regierungsstils zusammen. „Chefsachen“ sind für die Öffentlichkeit bestimmt. Es handelt sich um heroische Erzählungen, die dem Publikum vermitteln sollen, der Kanzler kümmere sich persönlich um die Anliegen der Menschen – um die Sorgen der Pendler, der

Ostdeutschen, der Steuerzahler, der Rentner, der Fußballfans, der Arbeitslosen, der Autofahrer und so weiter. Entscheidend ist die Botschaft: „Ich weiß, wo euch der Schuh drückt!“

Das Risiko dieser Methode liegt in der Erfolgsabhängigkeit. Wenn die Intervention des „Chefs“ Früchte trägt – wie es bei der Holzmann-Sanierung Ende 1999 zunächst scheinbar der Fall war –, kann er die Popularitätsernte in die eigene Scheuer einfahren. Geht die Sache hingegen nicht gut aus, wird er für den Misserfolg persönlich in Haftung genommen. Schröder schaffte es jedoch immer wieder, diese Haftung auf die in der Sache zuständigen Ressortminister abzuwälzen. Zuletzt versuchte er, die Probleme bei der Umsetzung von „Hartz IV“ seinem Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement in die Schuhe zu schieben. Allerdings misslang das Manöver – zu sehr brachte die Öffentlichkeit den Kanzler selbst mit Gelingen oder Scheitern der „Agenda 2010“-Reformen in Verbindung.

Auf den ersten Blick sind das bloße Äußerlichkeiten. Doch die von Politikwissenschaftlern so genannte „öffentliche Kanzlerschaft“ war mit dem rot-grünen Projekt von Anfang an untrennbar verbunden. Schröders Medienpräsenz sollte das Versprechen von mehr Transparenz und Bürgernähe einlösen. Freilich war auch dies nur eine Inszenierung. Die wichtigsten Entscheidungen fielen nach wie vor hinter den Kulissen, „im Arkanum des Regierungsapparates“. Das extremste Beispiel dafür ist der Überraschungscoup, mit dem Schröder die „Agenda 2010“ im März 2003 an die Öffentlichkeit brachte.

„Spin doctors“ und „Embedded journalists“

Ein Markenzeichen des neo-sozialdemokratischen Stils war von Anfang an der ungezwungene, bisweilen kumpelhafte Umgang mit der Presse. Bundeskanzler

Die „Neue Mitte“ erwies sich als bloßes Etikett, dem kein Inhalt, keine Ziele entsprachen. Hier: Gerhard Schröder und Joschka Fischer am 12. Mai 2005.

© dpa, Foto: Bernd Settnik



Helmut Schmidt hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass ihnen die vor Sitzungssälen lauende Journalistenmeute („Wegelagerer!“) auf die Nerven ging. Sein Nach-Nachfolger Gerhard Schröder dagegen setzte das schönste Lächeln auf, wo immer er eine Kamera erspähte. Scharen von rot-grünen Angestellten schwärmten aus, um die Nachrichten aus dem Regierungslager mit dem richtigen „Dreh“ (*spin*) zu versehen. Die Bezeichnung *embedded journalism* war noch nicht erfunden, da wurde diese Methode in der Sache schon praktiziert: Wohl gesonnene Medienvertreter belohnte Rot-Grün mit der prickelnden Aussicht, „ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen“.

Das rot-grüne Kommunikationsmanagement hat die Republik gründlich entpolitisiert. Der hessische Grüne Hubert Kleinert, ein langjähriger Weggefährte Joschka Fischers, klagt heute, „ausgerechnet die Vertreter der mit einem emphati-

schen Begriff von Aufklärung sozialisierten Generation“ seien zu „Trendsettern des Politainment“ geworden, die „vor (fast) keinem Stilmittel aus der Welt des Boulevards zurückschrecken: Schröders Mantel, Schröders Frau, Schröders Hund, Schröders Haare, Schröders Adoptivkind, Fischers Ehe, Fischers Freundin, Fischer dünn, Fischer dick – nie zuvor wurde das Bild von Politik von mehr oder weniger glamourösem *human touch* bestimmt als unter Rot-Grün“. Rot-Grün, resümiert Kleinert, sei „nicht nur an den ökonomischen Realitäten gescheitert, sondern auch an einem Politikbild, das Politik nur noch als mediale Kommunikationsaufgabe ohne feste Bindung und Richtung definiert“.

Bezeichnenderweise kommen die brutalsten Abrechnungen mit der Regierung Schröder/Fischer inzwischen aus der Feder ehemals umhätscelter Journalisten, die sich als enttäuschte Anhänger des rot-grünen Projektes zu erkennen geben.

Nachzulesen sind diese Texte nicht in der so genannten bürgerlichen Kampfpresse, sondern im *Stern*, im *Spiegel* und in der *taz*. Es war der *Spiegel*, der zu Beginn dieses Jahres 2005 die bis dahin auf Sparflamme köchelnde Visa-Affäre zur Detonation brachte – mit der Folge, dass die Grünen ihre moralische Teflonschicht einbüßten und Rot-Grün bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein ein paar entscheidende Prozentpunkte verlor.

Grönemeyer statt Musikantenstadl

Der publizistische Furor von links wirkt wie die entfesselte Wut von Gläubigen, die den Tempel stürmen und dort alle Standbilder zerschlagen, nachdem es der Priesterschaft nicht gelungen ist, den versprochenen Regen herbeizuzaubern. Rot-Grün war eben immer auch so etwas wie ein politischer Kult, die Verheißung einer neuen Symbiose von Herrschaft und Heil – eine ebenso vage wie faszinierende Vision. Die Priester dieses Kultes nahmen für sich in Anspruch, eine ganze Generation von „Anständigen“ zu repräsentieren. Sie propagierten eine manichäische Theologie, in der alle Andersgläubigen als duckmäuserische und intolerante Hinterwäldler figurierten.

Schon ein Blick auf die Regierungsbank zeige – so Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 –, „was die große Mehrheit unter uns politisch geprägt hat. Es sind die Biografien gelebter Demokratie. Wir haben den kulturellen Aufbruch aus der Zeit der Restauration miterlebt und mitgemacht.“ Diese neue Generation, fuhr Schröder fort, stehe „in der Tradition von Bürgersinn und Zivilcourage. Sie ist aufgewachsen im Aufbegehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle.“ Zusammen mit ihr sei die Nation „aufgerufen, einen neuen Pakt zu schließen, gründlich aufzuräumen mit Stagnation und Sprachlosigkeit“.

Das neue Lebensgefühl manifestierte sich auch in der Außenpolitik. Schröder definierte es als „das Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss“. Während rot-grüne Politik, aufs Ganze gesehen, durch zahlreiche Volten geprägt war, entpuppte sich die robuste Rhetorik des „nationalen Interesses“ als eine ihrer wenigen Konstanten. Rot-Grün brach aus Gründen der innenpolitischen Selbstdarstellung mit der außenpolitischen Tradition der Bundesrepublik, besondere Rücksicht auf die kleinen Nachbarländer zu nehmen und eine fein tarierte Balance zu wahren zwischen Paris und Washington, Moskau und Warschau, europäischer und atlantischer Loyalität. Als Außenminister Fischer die Rolle des Weltstaatsmannes für sich entdeckte, warf er die europapolitische Vision seiner Rede vom Mai 2000 in der Berliner Humboldt-Universität einfach über Bord. Deutschland gab seinen diskreten Part als „ehrlicher Makler“ auf und pochte stattdessen auf den ihm gebührenden Platz an der Sonne, sprich: im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Möglicherweise hat jedoch gerade die allzu plakative Rhetorik des nationalen Interesses den deutschen Interessen nachhaltig geschadet.

Die Tragödie der Sozialdemokratie

Im Rückblick erweist sich Rot-Grün als Anachronismus, als nachgeholtes Projekt aus dem toskanischen Herbst der alten Bundesrepublik. Damals rangierte in Meinungsumfragen der Umweltschutz weit vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Als im November 1989 – zur Überraschung eines Großteiles der westdeutschen Eliten – die Mauer fiel, war allerdings nicht mehr der Möglichkeits-, sondern der Wirklichkeitssinn gefragt, nicht mehr das Lust-, sondern das Realitätsprinzip. Franz Müntefering erklärt inzwischen, die rot-grüne Koalition sei 1998

„eher zufällig“ entstanden. In der Tat gab es für sie – marxistisch gesprochen – keine historische Notwendigkeit, auch wenn ihre Protagonisten sie zum kulturellen Imperativ stilisierten und das „Rendezvous mit der Geschichte“ (Joschka Fischer) sichtlich genossen.

Den Hauptpreis für diesen Anachronismus wird voraussichtlich die große alte Volkspartei SPD zu zahlen haben. Ihr laufen die so genannten kleinen Leute davon, während die Grünen es geschafft haben, der FDP den Rang als „Partei der besser Verdienenden“ streitig zu machen. Die Grünen sind mittlerweile fest verankert in „postmaterialistisch-libertär“ orientierten urbanen Milieus. Unter ihren Anhängern sind höhere Angestellte und Beamte, Wähler mit Abitur und Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von mehr als 3000 Euro überproportional vertreten. Damit repräsentieren die Grünen gewissermaßen den blinden Fleck der westdeutschen Bourgeoisie – nämlich jenen Teil der gehobenen Mittelschicht, der immer noch nicht wahrnimmt, dass ein „postmaterialistischer“ Hedonismus im Stil der goldenen 1980er Jahre einen sicheren Arbeitsplatz und ein gut gefülltes Portemonnaie voraussetzt.

Auf Kosten der SPD schafften es die Grünen, sich vom Odium des Dilettantismus zu befreien und – ohne entsprechende Ressortverantwortung – bei „harten“ Themen wie Haushalt, Renten und Steuern den Nimbus einer professionellen, politikfähigen Partei aufzubauen. Der schlechte Ruf der Bundesregierung in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik – ebenso wie deren Negativ-Image in Sachen Sozialreformen – blieb damit ausschließlich bei der SPD hängen. Der sozialdemokratische Bundeskanzler trug selbst zu dieser unausgewogenen Arbeitsteilung bei, indem er Anfang 2001 das politisch hochriskante Gesundheitsministerium in SPD-Hände legte und im

Gegenzug das Landwirtschaftsressort (das seither unter dem sympathisch „weichen“ Namen „Verbraucherschutzministerium“ firmiert) den Grünen übertrug.

Agenda 1989

Seit 1998 haben die Grünen ein Siebtel ihrer Mitglieder verloren – aber die SPD ein Viertel. Die Tragödie der Sozialdemokratie begann im Augenblick des Triumphes von 1998. Immer deutlicher schälte sich im Laufe der Zeit heraus, dass die SPD – im Gegensatz zu ihrer britischen Schwesterpartei, der Labour Party – es in den langen Oppositionsjahren unterlassen hatte, ihr Programm zu modernisieren und der rauer gewordenen Wirklichkeit anzupassen. Die „Neue Mitte“ erwies sich als bloßes Etikett, dem kein Inhalt, keine Ziele entsprachen, und die durchaus mutige „Agenda2010“ als sperriger Fremdkörper. Paradoxerweise besteht die vermutlich größte – weil bleibende – historische Leistung von Rot-Grün darin, die eigene Anhängerschaft bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr dorthin geführt zu haben, wo die „bürgerliche“ Gegenseite schon seit längerem stand.

Es hat nicht nur symbolische Bedeutung, dass aus der ursprünglichen Männerfreundschaft zwischen Gerhard Schröder und Tony Blair inzwischen eine tiefe Abneigung geworden ist. Und es zeugt von der Leere der einstigen „Neuen Mitte“, dass die Sozialdemokraten angesichts der drohenden Wahlniederlage eine programmatische Wende rückwärts in die Zeit vor 1998, ja vor 1989 vollziehen. Doch die SPD wird sich der neuen Konkurrenz von links nicht erwehren können, indem sie sich ihr annähert. Sie wird ihre Mehrheits- und Regierungsfähigkeit nur dann wiederherstellen können, wenn sie in der Opposition jene Erneuerung nachholt, die sie in den vergangenen sieben Jahren – im Grunde schon seit der deutschen Einheit 1990 – versäumt hat.